

Statements zur Konjunkturmfrage Frühsommer 2018

Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben

Konjunkturexpertin Sophia A. Krietenbrink

(Martin Wansleben)

Aus dem Ausland kommen zunehmend Misstöne. Die Unsicherheit wächst: Die Exportkonjunktur läuft schlechter als erwartet. Der internationale Handel schleppt sich weiter dahin. Handelspolitische Konflikte kommen verschärfend hinzu. Vor diesem Hintergrund trüben sich die Exporterwartungen der Unternehmen ein. Der Aufschwung steht auf dem Prüfstand.

Die grundlegenden Wachstumskräfte im Inland sind aber noch intakt: Investitions- und Beschäftigungsabsichten der Betriebe sind auch im Frühsommer expansiv. Angesichts der entstandenen Unsicherheiten senkt der DIHK seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr deutlich von 2,7 auf 2,2 Prozent.

Der DIHK rechnet für dieses Jahr mit einem weiteren Beschäftigungsplus von 550.000 Stellen (Prognose zu Jahresbeginn: 600.000). Allerdings beschränkt der Fachkräftemangel die Geschäftsmöglichkeiten. Er hat als Top-Risiko aus Sicht der Unternehmen sogar nochmals an Bedeutung gewonnen (61 nach 60 Prozent, Herbst 2010: 16 Prozent). Das sind die Schattenseiten des lang andauernden Beschäftigungsaufschwungs (13. Jahr in Folge).

Insbesondere die handelspolitischen Konflikte führen aktuell zu einer erheblichen Verunsicherung von außen, obwohl die meisten Märkte weltweit ganz gut laufen und damit die Voraussetzungen für weiteres Wachstum vorhanden sind. Das multilaterale Regelsystem des Welthandels wankt allerdings schon kräftig. Die jüngste Ankündigung von US-Zöllen auf Automobile ist nur ein weiterer vorläufiger Tiefpunkt. Deutlich weniger Betriebe als zuletzt rechnen denn auch mit Zuwächsen im Exportgeschäft (33 nach zuletzt 38 Prozent). Der Saldo aus „besseren“ und „schlechteren“ Exporterwartungen liegt jetzt bei 24 Punkten (31 Punkte in der Vorumfrage). Die Unternehmen benötigen für ihr Auslandsgeschäft verlässliche Regeln. Deshalb ist es so wichtig, dass die EU sich geschlossen für die Stärkung der WTO und offene Märkte einsetzt. Bilaterale Deals werden auf Dauer nicht zu tragfähigen Lösungen führen.

Relevante Termine stehen an. Am 1. Juni wird über die Einführung von US-Strafzöllen auf Stahl und Aluminium auch für die EU entschieden. Am 6. August treten die US-Iran-Sanktionen mit weltweiter, auch extraterritorialer Wirkung in Kraft. Zölle auf deutsche Automobilexporte in die USA werden geprüft. Die NAFTA-Verhandlungen dauern an – Ausgang ungewiss. Strafzölle im USA-China-Geschäft sind nicht vom Tisch. Außerdem treffen die USA-Russland-Sanktionen auch deutsche Unternehmen - zum Teil erheblich. Vom Brexit ganz zu schweigen.

Immerhin trägt das Inlandsgeschäft derzeit die insgesamt positive Konjunkturprognose. Die gute Arbeitsmarktsituation und die daraus resultierende Kaufkraft, die öffentlichen Investitionen, aber vor allem die Investitionspläne der Unternehmen gerade mit Blick auf Kapazitätserweiterungen, Produkterneuerungen und Digitalisierung machen sich hier bemerkbar. Allerdings setzt sich der Hochlauf der Erwartungen nicht fort. Die Geschäftserwartungen trüben sich leicht ein (Erwartungssaldo: 17 nach 18 Punkten). Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung konsequent auf Innovationen schaltet und das Tempo erhöht. Der Haushalt 2018 muss endlich verabschiedet werden, damit die im Koalitionsvertrag verabredeten Investitionsmittel für Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung abgerufen werden können. Entscheidend aber sind die privaten Investitionen – sie machen immerhin 90 Prozent der Investitionen in Deutschland aus. Deshalb brauchen wir endlich eine Reform der Unternehmenssteuern. Bürokratieabbau und investitionsfördernde Steuerentlastungen müssen die Agenda der Politik in diesem Jahr bestimmen. Zumal europäische Nachbarn, aber auch die USA und China hier kräftig vorgelegt haben. Deutschland droht zurückzufallen.

(Sophia A. Krietenbrink, Konjunkturexpertin)

Nun zu den Ergebnissen der DIHK-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2018 im Einzelnen. Grundlage sind rund 24.000 Unternehmensantworten, die die Industrie- und Handelskammern ausgewertet haben:

Die hohen Erwartungen der letzten Umfrage haben sich nicht erfüllt. Die Unternehmen bewerten ihre Lage weniger positiv als zuletzt (Lagesaldo: 45 nach 48 Punkten). Auch auf ihre künftigen Geschäfte blicken sie leicht zurückhaltender (Erwartungssaldo: 17 nach 18 Punkten).

Besonders deutlich ist der Erwartungsrückgang in der Industrie (Erwartungssaldo: 20 nach 24 Punkten). Sie erwirtschaftet rund die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland. Daher schlagen die abgeschwächten Exporterwartungen deutlich zu Buche (24 nach 31 Punkten). Der Anteil der Industrieunternehmen, die in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Risiko für seine Geschäfte sieht, steigt auf 36 Prozent (zuletzt: 34 Prozent). Gleichwohl planen die Industrieunternehmen mit expansiven Investitionen (Investitionssaldo: 26 nach 27 Punkten). Viele Unternehmen wollen Kapazitäten erweitern (42 nach 41 Prozent) oder in Produktinnovationen (37 nach 38 Prozent) investieren. Die Kapazitätsauslastung (88 Prozent) und der Auftragsbestand (Reichweite: 5 Monate) sind hoch. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen weiter günstig (Risiko „Finanzierung“ Industrie: acht Prozent).

In den anderen Wirtschaftszweigen schlägt die Verunsicherung hingegen bisher weniger stark auf die Geschäftserwartungen durch. Die Sorgen um die Inlandsnachfrage in der Gesamtwirtschaft nehmen nur leicht zu (34 nach 33 Prozent). Dienstleister (17 nach 16 Punkten) und Handel (Erwartungssaldo: zehn nach zwölf Punkten) blicken verhalten optimistisch auf ihre Geschäfte. Der Konsum ist abermals eine wichtige Konjunkturstütze, wobei der Servicebereich etwas stärker von der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung profitiert. Im Baugewerbe erreichen die Erwartungen an das künftige Geschäft sogar einen neuen Rekordwert (19 nach 15 Punkten). Die Kombination aus niedrigen Zinsen, guter Beschäftigungssituation sowie steigendem Bedarf an Wohn- und Gewerbeimmobilien treiben den Bauboom an.

Zur Arithmetik hinter der DIHK-Konjunkturprognose: Die Revision der Wachstumsprognose resultiert zum einen aus dem schwachen ersten Quartal. Hierbei kamen einige Sondereffekte wie Streiks und die ungewöhnlich starke Grippewelle zum Tragen. Die geringere Dynamik im ersten Quartal macht gut die Hälfte der Abwärtsrevision aus (0,3 Prozentpunkte).

Die verbleibende Reduktion (0,2 Prozentpunkte) korreliert mit den sinkenden Erwartungswerten und ergibt sich aus der Verunsicherung mit Blick auf das internationale Geschäft. Sollten die befürchteten Maßnahmen tatsächlich eingeführt werden, steht bedeutend mehr zu Disposition - insbesondere ab 2019.